[illegible]

Oertliches und Sächsisches.

[illegible], den 7. Mai 1919.

—* Lebensmittelverteilung. [illegible] zur Verteilung.

—* Aus dem Gesetzgebungsausschuß der sächsischen Volkskammer. Gestern nachmittag fand eine Sitzung des Gesetzgebungsausschusses statt. [illegible] wurde noch nicht gefaßt. Die Minderheit vertrat den Standpunkt, daß der Schuldirektor durch den Schulvorstand gewählt wird.

—* Heimgekehrte Kriegsgefangene. In der vergangenen Woche sind erfreulicherweise mehrere Transporte von Kriegsgefangenen aus Frankreich mit Lazarettzügen in Sachsen eingetroffen. Sie wurden in den Reservelazaretten Arnsdorf und Pirna untergebracht, soweit ihre Entlassung nicht sofort in die Wege geleitet werden konnte. Der Landesausschuß des Roten Kreuzes hat sofort die am Orte befindlichen Vertreter der Roten Kreuz-Organisationen von der Ankunft der Kriegsgefangenen verständigt, so daß entweder am Zuge oder in den Lazaretten eine Begrüßung der zurückgekehrten Gefangenen stattfinden konnte, wobei Liebesgaben verteilt wurden. Montag, den 5. Mai, begaben sich außerdem Vertreter des Roten Kreuzes und des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen nach dem Reservelazarett Arnsdorf, nahmen persönlich Fühlung mit den endlich aus der Gefangenschaft befreiten Gefangenen und hießen sie nochmals in der Heimat herzlich willkommen.

—M. Verkauf von Sanitätsmaterial. Nach einer auch für Sachsen gültigen Verfügung des preußischen Kriegsministeriums wird der Verkauf von Sanitätsmaterial aus Heeresgut aufgehoben. Anträge, die bis 30. 4. 19 vorgelegen haben, dürfen, soweit die betr. Gegenstände entbehrlich sind, noch berücksichtigt werden. Nach diesem Zeitpunkte können nur noch Anträge von solchen Aerzten, Zahnärzten und Apothekern Berücksichtigung finden, die erst nach dem 1. 4. 19 aus besetzten Gebieten oder aus Gefangenschaft zurückgekehrt sind.

—* Vereinstage für Innere Mission in Dresden. Nachdem vom Landesverein für Innere Mission im Laufe des vorgestrigen Tages interne Versammlungen über den Bund der ev.-luth. Männer- und Jünglingsvereine in Sachsen, des ev.-luth. Landesverbandes für die weibliche Jugend in Sachsen, des sächsischen Vereins zur Hebung der Sittlichkeit und des sächsischen Verbandes zur Flußschifferfürsorge abgehalten worden waren, fand gestern vormittag im Dresdner Vereinshause die öffentliche Hauptversammlung des Landesvereins statt. Unser Vertreter wohnte dieser bei und berichtet darüber folgendes: Die gutbesuchte Versammlung wurde um 10 Uhr durch den Vorsitzenden, Geheimrat Lotichius, eröffnet. Er begrüßte die erschienenen Vertreter der Regierung und besonders auch den früheren Kultusminister Beck. Pastor v. d. Trenck erstattete den Jahresbericht, der einen Ueberblick über die bisherige Tätigkeit des Landesvereins und seine ferneren Ziele gab. Mit Einverständnis der Versammlung wurde eine Kundgebung für die schleunige Herausgabe der deutschen Kriegsgefangenen und gegen die zwangsweise Verwendung derselben zum Wiederaufbau zerstörten Gebietes beschlossen. Hierauf sprach Pastor Handeland aus Hamburg im Namen der ev.-luth. Auswanderermission und bat den Landesverein für Innere Mission um Unterstützung dieser wichtigen Einrichtung. Ferner hielt Pastor Schumann, Leipzig, einen Vortrag über das Thema: „Hat die Innere Mission Grund, ihr Programm oder ihre Arbeitsweise zu ändern?“ Diese Frage beantwortete der Redner dahingehend, daß in sachlicher Hinsicht für die Innere Mission kein Grund vorliege, an ihrem Programm etwas zu ändern, dagegen seien in ihrer Arbeitsweise manche Aenderungen erwünscht. Es sei eine zahlreichere und regere Beteiligung des Laienelementes an der Arbeit der Inneren Mission anzustreben. Da es fraglich sei, ob sie weiterhin auf finanzielle Beihilfen politischer und kirchlicher Behörden in alter Weise rechnen könne, müsse sie ihr Dasein in erhöhtem Maße auf die Gebefreudigkeit des Kirchenvolkes gründen. Besondere Aufmerksamkeit sei auch der Verbreitung des gedruckten Wortes Gottes zuzuwenden. Die Verbreitung der vorhandenen Erbauungsliteratur und Sonntagsblätter sei zielbewußt zu organisieren. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der den auszugsweise wiedergegebenen Leitsätzen des Redners beigestimmt wurde.

X Dresden. Das Generalkommando beabsichtigt, von Mitte dieses Monats ab den Fremdenverkehr auf der Festung Königstein in beschränktem Umfange wieder zuzulassen.

X Zwickau. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind die im Bergbaulichen Verein für Zwickau und Lugau-Oelsnitz vereinigten Werke des erzgebirgischen Steinkohlenbergbaues an die Regierung mit dem Ersuchen herangetreten, ihnen aus Anlaß der Einführung der siebenstündigen Arbeitsschicht im Steinkohlenbergbau unter Tage eine Preiserhöhung von 15 Mark für die Tonne Kohlen vom 1. Mai 1919 ab zu bewilligen. Die Werke behaupten, daß sie infolge des Ueberganges von der achtstündigen zur siebenstündigen Schicht einen erheblichen Rückgang der Förderung und damit einen beträchtlichen Ausfall im Erlöse zu erwarten hätten, zumal da die Gestehungskosten sich nicht verringerten. Der Ausfall im Erlöse kann nach Schätzung der Werke nur durch eine Preiserhöhung in der von ihnen geforderten Höhe ausgeglichen werden. Die Regierung hat sich nicht entschließen können, die beantragte Preiserhöhung ohne weiteres zu bewilligen, da sichere Unterlagen für den zu erwartenden tatsächlichen Rückgang in der Förderung und dem Ausfall im Erlöse bisher nicht beigebracht worden sind. Immerhin hat die Regierung anerkennen müssen, daß verschiedene Werke des erzgebirgischen Steinkohlenrevieres in Gefahr geraten, aus Mangel an Mitteln die Löhne nicht mehr zahlen zu können und infolgedessen den Betrieb einstellen zu müssen, falls die von den Werken errechneten Ausfälle in der Förderung und im Erlöse tatsächlich eintreten sollten. Der Gefahr, die hieraus für die Kohlenversorgung Sachsens erwachsen kann, mußte die Regierung zu begegnen suchen. Sie hat deshalb genehmigt, daß die Werke des erzgebirgischen Steinkohlenbergbaues vom 1. Mai ds. Js. ab vorläufig einen Preisaufschlag von 12 Mark für die Tonne mit der Maßgabe berechnen, daß dieser Aufschlag restlos einem Ausgleichsstock zufließt, über dessen Verwendung die Regierung im Einvernehmen mit den Werken Entschließung fassen wird, sobald genaue ziffernmäßige Unterlagen für die Wirkung des Ueberganges zum siebenstündigen Arbeitstag auf Förderung und Einnahmen der Werke vorliegen. Bis zur endgültigen Entschließung über die Verwendung des Ausgleichsstocks ist der mit der Verwaltung der Ausgleichskasse betraute Bergbauliche Verein für Zwickau und Lugau-Oelsnitz berechtigt, notleidenden Werken aus Mitteln des Ausgleichsstocks Darlehen zu gewähren.

[illegible] die schleunige und volle Aufhebung der [illegible]

[illegible] Zu der [illegible] Sitzung des Großen [illegible] 1. Aufhebung der Belagerungszustände [illegible] 3. Auflösung der Freiwilligenverbände, Bewaffnung des Bürgertums [illegible] 4. den Beziehungen zu Rußland und Ungarn. — Das Präsidium ist verpflichtet, sobald es die Situation notwendig macht, den Großen Arbeiterrat zusammenzuberufen.

Die Streiks und Unruhen im Reiche.

Mit Abschluß der Kampfhandlungen in der Münchener Umgebung dürfte die Gesamtsumme der Toten und Verwundeten in München den Verlusten bei den Berliner Spartakistenunruhen entsprechen. Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus München, daß der russische Anarchist Levine in einem Keller eines Schwabinger Herrschaftshauses gefangengenommen wurde. Verhaftet wurden ferner Silvio Gesell, der frühere Volksbeauftragte für Finanzen, und sein Gehilfe Wimmer. Die Witwe Eisners wurde ebenfalls verhaftet, weil sie in ihrer Villa einen Teil der Kommunistenführer verborgen hielt. Nach dem „Berl. Tagebl.“ beläuft sich der Gesamtschaden in München auf mindestens eine Viertel Milliarde. Der frühere Präsident des Münchener Zentralrates Niekisch, einer der Anstifter der Münchener Räteregierung, der nach Umschwung der Verhältnisse nach Augsburg flüchtete, ist verhaftet worden. Man fand bei ihm eine Menge belastendes Material. Die Mitteilung, daß Hauptmann Zwehl ein Führer der Spartakisten in München sei, hat sich als falsch herausgestellt. Die Spartakisten Kroner und Kagler wurden verhaftet. Letzterer wurde bei einem Fluchtversuche erschossen. — Abgesehen von einigen Schießereien herrscht in München Ruhe. Gantheimer wurde verhaftet und bei einem Fluchtversuche erschossen. Landauer wurde bei der Verhaftung getötet. Alle Zeitungen erscheinen, ausgenommen die „Rote Fahne“ und die kommunistischen Blätter.

Die Unruhen in Stralsund sind, wie von zuständiger Stelle verlautet, keineswegs politischer, sondern rein wirtschaftlicher Natur gewesen. Die Bevölkerung Stralsunds war erregt darüber, daß die Stralsunder schlechtere Fische bekämen als die übrige Bevölkerung Deutschlands.

Der Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M. ist beendet. Die Arbeit wurde gestern mittag wieder aufgenommen.

Der Ausstand der Postarbeiter und Postaushelfer in Düsseldorf wurde gestern mittag beendet und die Arbeit auf sämtlichen Dienststellen aufgenommen, nachdem eine Einigung über die Lohnforderungen erfolgt war.

Zur Verkehrslage im Ruhrgebiete teilt der Bergbauverein in Essen mit: Seitdem die Streikbewegung erloschen ist, hat die Förderung und der Versand in der vorigen Woche naturgemäß wieder eine starke Aufwärtsbewegung erfahren. Die Förderung erreichte ungefähr 2000 Tonnen. Die Nachwirkungen des Streiks machen sich natürlich noch sehr störend bemerkbar, da die Betriebseinrichtungen nach wochenlanger Unterbrechung erst allmählich wieder in den normalen Gang gebracht werden können. Die Wagengestellung hat am 3. Mai 12 000 Wagen betragen, das ist ungefähr die Hälfte der normalen Tagesleistung. Die Zufuhren zu den Kippern und die Durchfuhren durch Ruhrort sind anhaltend sehr gering. Am 2. Mai wurden 17 000 Tonnen gekippt. Sie werden auch erst allmählich die frühere Höhe wieder erreichen, da zunächst die Eisenbahn, sowie die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke auf dem Schienenwege versorgt werden müssen. Auch auf dem Rhein-Herne- und Dortmund-Ems-Kanal betragen die Brennstoffverladungen nur wenig über 1000 Tonnen pro Tag. Die Kähne werden in größerer Anzahl vor der Einfahrt in den Rhein-Herne-Kanal angehalten, da er mit Leerraum gänzlich überfüllt ist. Insgesamt liegen im Kanal zur Zeit rund 800 Kähne mit 500 000 Tonnen Fassungsvermögen beschäftigungslos. Erst wenn die Betriebe, die der Allgemeinheit dienen, wieder mit Kohlen versorgt sind, wird der Wasserversand in größerem Umfange einsetzen können. Nach dem Norden und Osten ist er noch gänzlich gesperrt.

Aus Kattowitz wird gemeldet: Auf der Heinitzgrube ist der Beamtenstreik beigelegt und sämtliche Beamtenabteilungen zurückgezogen worden. In der Eintrachtshütte ist ein kleiner Lohnstreik entstanden. Sonst herrscht jetzt im oberschlesischen Industriebezirk Ruhe.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

In der Sitzung des Friedensausschusses im Reichsfinanzministerium verlas Präsident Fehrenbach Telegramme, in denen Mitglieder der Nationalversammlung gegen eine Verlegung der Versammlung nach Berlin Verwahrung einlegten. Ministerpräsident Scheidemann hob hervor, daß die Antwort an die Alliierten, daß die Uebergabe der Bedingungen stattfinden solle, ergangen sei, weil die Fachminister dringend in Berlin benötigt werden. Auf eine Anfrage stellte Reichsminister Erzberger fest, daß die Regierung einstweilen keinen Grund habe, an der feierlichen Erklärung von französischer und polnischer Seite, daß Angriffsabsichten der Polen nicht beständen, zu zweifeln. — Dem Abg. Traub antwortete Reichsminister Erzberger, daß auch für die Rückführung der Kriegsgefangenen die notwendigen technischen Vorbereitungen getroffen seien. Reichswehrminister Noske schilderte dann die Lage im Baltikum. Im Kabinett herrsche völlige Uebereinstimmung darüber, daß sobald wie irgend möglich die letzten deutschen Soldaten über die Reichsgrenze zurückgenommen werden müssen.

[illegible] in der Lebensmittelversorgung aus dem Auslande. Wie von zuständiger Stelle in Berlin mitgeteilt wird, läßt die Lebensmittellieferung aus dem Auslande in der letzten Zeit sehr zu wünschen übrig, obgleich [illegible] Lebensmittelmengen angekauft worden sind. [illegible] werden.

Haase über die politische Lage in Deutschland. Ein Pariser Blatt bringt einen Bericht des Führers der Unabhängigen, Haase, über die politische Lage in Deutschland. [illegible] Er meint, das Kabinett Scheidemann habe sich um jeden Kredit gebracht und glaube, daß es zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung, bestehend aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten, kommen werde.

[illegible] über die Betriebsräte. Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte fertiggestellt worden. [illegible] Der Entwurf soll in der nächsten Woche [illegible]

mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten werden.

Die Landesversammlung der badischen Arbeiter- und Soldatenräte hat das Rätesystem mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Frankreich.

Einen Generalstreik begann vorgestern in ganz Italien. Die meisten Streikenden haben geschlossen. Nachmittags [illegible] die Direktionen des Credito Italiano und der Societe Generale erklärten sich bereit, mit den Streikenden zu verhandeln, lehnen jedoch die Vermittelung der Confederation Generale du Travail ab. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 15000.

Generalstreik der Glasarbeiter. Die Glasarbeiter in [illegible] haben den Generalstreik beschlossen. Im Streikzentrum hat die Lage sogleich ernsten Charakter angenommen, weil alle Oefen ausgelöscht wurden. Die Forderungen der Arbeiter umfassen den Sechs- bis Achtstundentag, einen Stundenlohn von zwei Frs. und Abschaffung der Nachtarbeit.

Internationaler Verband vom Roten Kreuz. In Paris wurde vorgestern eine Liga der Vereine vom Roten Kreuz gegründet, die sich auf alle Großmächte erstreckt, wie Amerika, Italien, England, Rußland usw. Das Ziel der Liga ist, einen internationalen Verband vom Roten Kreuz ins Leben zu rufen.

Rußland.

Die Räumung Petersburgs durch die Bolschewisten wird, „Aftonbladet“ zufolge, fortgesetzt, jedoch durch Eisenbahnschwierigkeiten erschwert. In Petersburg herrschen die finnischen „Roten“.

Belgien.

Ein Munitionslager in die Luft geflogen. Das riesige Munitionslager auf dem Rennplatze Groenendael bei Brüssel ist gestern morgen in die Luft geflogen. Ueber die Verluste ist bisher noch nichts bekannt geworden.

Deutsch-Oesterreich.

Ein Protest der Tiroler. Die Tiroler Landesregierung erläßt in allen Schweizer Tageblättern im Namen des deutschtiroler Volkes einen flammenden Appell Tirols an Wilson, worin es den Präsidenten an seine verkündeten Worte über die Freiheit der Völker erinnert und ihn vor der Preisgabe des Tiroler Landes an die Italiener warnt mit dem Hinweis, daß das dann geopferte Tirol ohne Zweifel zur Brandfackel werde, an der sich binnen kurzem der neue Weltkrieg entzünden müßte.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 7. Mai 1919.

Aus den Friedensbedingungen.

X Amsterdam. Wie aus London berichtet wird, wird im „Temps“ heute eine Zusammenstellung der hauptsächlichen Friedensbedingungen veröffentlicht. Danach müssen die deutschen Streitkräfte innerhalb 3 Monate bei Unterzeichnung des Friedensvertrages auf 75 000 Mann Infanterie und 30 000 Mann Kavallerie reduziert sein. Alle Festungswerke bis auf 50 Meilen östlich des Rheins sind zu schleifen. Ferner dürfen gleichfalls 3 Monate nach Friedensschluß in der deutschen Marine keine Tauchboote verwendet werden. Die Seestreitkräfte dürfen nur aus sechs Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 12 Torpedojägern und 12 Torpedobooten bestehen. Die Besatzung darf nicht mehr als 15 000 Mann betragen. Sämtliche Festungswerke auf Helgoland sind niederzulegen. Der Kieler Kanal muß Handelsschiffen aller Staaten frei offen stehen. Bis zum 1. Oktober 1919 darf Deutschland höchstens 100 Flugzeuge zum Aufsuchen von Minen halten, und keine militärischen Luftstreitkräfte und keine Flug-Terrains innerhalb eines Radiums von 150 Kilometern von der deutschen Grenze halten. Die Alliierten beschuldigen den Exkaiser der Verletzung der internationalen Moralität und der Heiligkeit von Verträgen. Ein besonderer Gerichtshof soll ihn richten. Vor alliierte Kriegsgerichte werden die der Verletzung der Kriegsgesetze beschuldigten Personen gestellt werden. Als Entschädigung hat Deutschland 1000 Millionen Pfund Sterling zu zahlen und die Schäden der alliierten Bürger zu ersetzen. Elsaß und Lothringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, ebenso das Kohlenbecken des Saargebietes, dessen Verwaltung eine Fünfer-Kommission ausüben wird. Nach 15 Jahren wird die Bevölkerung selbst entscheiden, ob Frankreich oder Deutschland sie regieren soll. Im letzteren Falle soll Deutschland die Kohlengruben von Frankreich zurückerhalten. Polen erhält einen Durchgangsweg bis Danzig, welches Freistadt wird. Ueber Schlesien wird eine Volksabstimmung entscheiden. Auf die Kolonien muß Deutschland zu Gunsten der Entente-Mächte verzichten, ebenso auf alle Rechte aus der Algecirasakte. Die deutschen Kabel gehen an die Ententemächte über.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X Berlin. Aus Unterredungen mit führenden Persönlichkeiten in Bayern folgert ein Mitarbeiter des „Berl. Tagbl.“, daß die Lage in München noch immer als ernst zu betrachten ist und schärfste Aufmerksamkeit notwendig macht. Durch die scheinbare Ruhe, die augenblicklich in München eingetreten sei, dürfe man sich nicht täuschen lassen. Die Gegner warteten nur auf eine Gelegenheit, um aufs neue loszuschlagen.

Im „Vorwärts“ wird es begrüßt, daß die gestrige Sitzung des Friedensausschusses sich für die Notwendigkeit der Wiederanknüpfung zunächst wirtschaftlicher Beziehung mit Rußland ausgesprochen hat. Die Redner aller Parteien wären einig darin, daß auf die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verkehrs, zunächst eines Handelsverkehrs und wenn möglich einer Waffenruhe, das allergrößte Gewicht zu legen sei.

Die Blätter begrüßen die Mitteilung, die in der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung vom Reichsminister Dernburg dahin gemacht wurde, daß es nötig sei, die Fesseln zu lösen, die bisher unseren Außenhandel behindert haben. Das Kabinett hat beschlossen, einen Reichskommissar für die Belebung des Handels und für die Beschaffung von Waren für den Absatz ins Ausland zu ernennen. Drei Kabinettsmitglieder sollen einen Ausschuß bilden, in dem der Reichswirtschaftsminister den Vorsitz führt und dem der Reichsernährungs- und der Reichsschatzminister angehören. Der Ausschuß soll mit außerordentlicher Vollmacht ausgerüstet und in der Lage sein, alle etwa auftretenden Widerstände durch einfachen Beschluß zu brechen. Deutschland habe noch Waren genug, die es ausführen könne, und vermöge auch solche Waren neu herzustellen. Der „Vorwärts“ meint dazu, eine Verbesserung der Organisation des Verfahrens der Ausfuhrkontrolle würde sowohl vom Standpunkt der Exporteure, als auch von dem der Volkswirtschaft aus, nur zu begrüßen sein. Die Kontrolle sei notwendig, um eine Sicherung dafür zu schaffen, daß die Erlöse der deutschen Ausfuhr auch im vollen Umfange der Bezahlung notwendiger Einfuhr dienstbar gemacht werde.

Die Sitzung im Trianon.

X Versailles. An der heutigen Sitzung im Hotel „Trianon“ werden deutscherseits teilnehmen die 6 deutschen Delegierten, ferner Ministerialdirektor Simons, Ministerialdirektor Dr. Gaus, Gesandter von Haniel, Legationsrat [illegible] und Legationsrat Freiherr von Lersner, außerdem ein deutscher Stenograph, ein Dolmetscher und 5 Vertreter der Presse. Der französische Botschafter Quentin hatte gestern eine Zusammenkunft mit dem Legationsrat Freiherr von Lersner, bei der er ihm die richtig befundenen deutschen Vollmachten zurückgab. Heute vormittag 11 Uhr findet eine erneute Zusammenkunft statt, bei der Freiherr von Lersner die Vollmacht der Gegner mit den von deutschen